





**Nationalliberale gegen Fortschrittler.**

Die heftigen Zwistigkeiten, die andauernd zwischen Nationalliberalen und Fortschrittlern im Saargebiet herrschen, haben zu einem interessanten Beleidigungsprozeß geführt.

Vor dem Schöffengericht in Saarbrücken hatte sich der Sekretär Schlie von der Fortschrittlichen Volkspartei wegen Beleidigung des nationalliberalen Parteisekretärs Strad zu verantworten. In einer Verammlung in Saarbrücken hatte Schlie behauptet, Strad entsende bezahlte Aufpasser in die fortschrittlichen Versammlungen, um etwa anwesende Arbeiter und Angestellte bei ihren Vorgesetzten zu denunzieren. In der Hauptverhandlung wurde festgestellt, daß der nationalliberale Parteisekretär Neufferungen eines fortschrittlichen Angestellten der Knappschicht in Saarbrücken zu Papier gebracht hatte und die Niederschrift dem zweiten Vorsitzenden der nationalliberalen Partei, Vogel, übergeben hatte. Dieser übermittelte den Zettel dem direkten Vorgesetzten des Angestellten, dem Oberberggrat Knops, in dessen Auftrag dem Angestellten durch den Berggrat Kaiser Vorkaufungen gemacht wurden.

Nach längeren Verhandlungen kam man zu einem Vergleich. Klage und Widerklage — Strad hatte auch Schlie verklagt — wurden zurückgezogen, da der Beweis nicht erbracht werden konnte, daß nationalliberale Berichtshatter direkt „zum Zweck der Denunziation“ in die fortschrittlichen Versammlungen geschickt worden seien. Auch die bedingende Verurteilung Schlies war nicht mehr genau zu ermitteln.

Der Vergleich ändert nichts daran, daß sich die Nationalliberalen recht schosler Mittel bedienten, um den unbequemen Verbündeten niederzurufen. Es kann den Fortschrittlern nichts schaden, wenn sie so einmal die Praktiken des nationalliberalen Scharfmachertums am eignen Leibe spüren müssen.

**Die Polizei kann alles.**

Es wird wieder einmal gemeldet, daß die Bundesstaaten dabei seien, die Antwort auf eine Umfrage der Reichsregierung über die Notwendigkeit erhöhter Schutzmaßnahmen für die Arbeitswilligen festzustellen. Man fügt hinzu, die Reichsleitung siehe heute nicht mehr auf dem Standpunkt, daß die gegenwärtigen Bestimmungen energischer Handhabung ohne weiteres ausreichten; sie vielmehr prinzipiell für eine Aenderung der Gesetzgebung und halte es nur für ausgeschlossen, daß der Reichstag in seiner gegenwärtigen Zusammenfassung wesentlichen Maßregeln zu einer Verschärfung des Schutzes der Arbeitswilligen seine Zustimmung geben werde. Weiter es sich bei diesen Maßnahmen um eine Stimmmacherei der Scharfmacher und gegen den Reichstag handelt, ist die Sachlage dahingestellt, sicher ist jedenfalls, daß die Polizei gegen das Koalitionsrecht und insbesondere gegen das Streikpostenstehen in ungemeinster Festigkeit vorgeht.

Merding's hat man immer mehr den Eindruck, daß es denen, die noch gesetzgeberischen Reformen schreiben, dabei nur um den Agitationsstoff zu tun ist, den ihnen die Sommer über den mangelhaften Schutz der Arbeitswilligen bietet. Handelte es sich für sie wirklich um die Sache selbst, so könnten sie mit dem Versuch, die Materie auf dem Wege der Polizeiverordnungen zu regeln, durchaus zufrieden sein. Zwar hat die konservative Presse jetzt so, als ob durch eine Entscheidung des preussischen Kammergerichts, die einen Abschnitt der von Herrn v. Döllwitz den preussischen Oberpräsidenten als Muster empfohlenen weitläufigen Polizeiverordnung für ungültig erklärt, alles wieder aufs Spiel gesetzt würde. Aber das ist ja auch nur Theater, denn wenn auch der erste Absatz der fraglichen Verordnung außer Kraft gesetzt wird, so bleibt doch immer der zweite bestehen, nach dem den Anordnungen der polizeilichen Aufsichtsbeamten, die zur Erhaltung der Ruhe, Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit des Verkehrs auf den öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder Wasserstraßen getroffen werden, Folge zu leisten ist. Mit Hilfe dieser Bestimmung kann die Polizei nach wie vor Streikposten als Verkehrsbehindernde betrachten, auch dann, wenn der öffentliche Verkehr durch sie in keiner Weise gehindert worden ist. Es ist also für das Kammergericht verhältnismäßig billig, zu erklären, daß die Aufrechterhaltung jenes Absatzes, der von den polizeilichen Anordnungen zum Schutze der Person und des Eigentums sprach, die Reichsregierung nicht zu beanstanden würde.

Vor diesem Wege hat man natürlich in Preußen nicht die geringste Angst und daselbst gilt, wie die polizeiliche Aufsicht der Reichsregierung gelangte tatsächliche Streikverbotung beweist, vom Königreich Sachsen. Diese Verordnung, das Verhalten der Polizeibehörden bei gemeinlichen Streikigkeiten (Streifen, Ausberrungen) betreffend, nach alle Anforderungen, unparteiisch zu erscheinen, indem sie den Polizeibehörden verbietet, sich irgendwie in gemeinliche Streitigkeiten einzumischen. Sie stellt auch ausdrücklich fest, daß Streikposten dann nicht zu beanstanden sind, wenn sie den freien Verkehr nicht beeinträchtigen und keine Personen belästigen. Aber sie überläßt es natürlich der Polizei zu entscheiden, was als Beeinträchtigung des freien Verkehrs anzusehen ist, und dem Begriff der Beeinträchtigung gibt sie eine Ausdehnung, die eine Verurteilung des polizeilichen Einschreitens gegen Streikposten fast zur Selbstverständlichkeit macht. Als Behauptung betrachtet sie es als unzulässig, wenn Personen wider ihren ausdrücklichen oder erkennbaren Willen auf öffentlichen Straßen oder Plätzen angebrochen oder unangenehm begleitet werden.

Doch es kommt noch nicht genug: Der § 3 der Verordnung besagt, daß die Polizeibehörde, wenn Streikposten wegen Behinderung fortgesetzt werden oder durch Streikposten eine unmittelbare Störung der öffentlichen Ordnung zu erwarten ist, nach Lage des Falles die Ausstellung von Streikposten überlassen oder für die Dauer der betreffenden Streikigkeiten ganz verbieten kann.

Das besagt einfach nichts anderes, als das gesetzlich erlaubte Streikpostenstehen auf dem Verordnungsweg befristigen, auch ohne daß man sich dabei des Vorwandes der unmittelbaren Verkehrsbehinderung bediente. Es ist kaum der Fall denkbar, daß die Polizei bei einer gewerblichen Streikigkeit nicht eine Verletzung der Streikfreiheit durch Streikposten „konstatieren“ oder auch eine Störung der öffentlichen Ordnung „erwarten zu müssen“ glaubte. Sie kann also jedesmal das Streikpostenstehen überhaupt verbieten, und es ist wirklich schwer verständlich, warum unter solchen Umständen die Konservativen noch, nach einem besonderen Geheiß zum Schutze der Arbeitswilligen Verlangen tragen.

Sie können es ja nun auch riskieren, dem Räte des Ministers von Loebell zu folgen und durch Maßregelungen der freigewerkschaftlichen organisierten Arbeiter das „Recht im eignen Hause“ zu wahren. Kommt es wegen der Entlassungen zum Streike, so steht die „unparteiische“ Staatsgewalt bereit, um den Arbeitgeber den Sieg zu sichern. Damit rechnet beispielsweise auch der Fabrikdirektor Ernst zu Brandenburg, der in einer Zuschrift an die „Kreuzzeitung“ die Unternehmer eindringlich mahnt, die Anregungen des preussischen Ministers des Innern zu befolgen: „Die Möglichkeit“, sagt er, „daß durch die Entlassung solcher Leute die Gefahr eines Streikes heraufbeschworen wird, darf gerade heute, wo der sozialdemokratische Uebermut keine Grenzen mehr kennt, nicht mehr abgesehen. Auf die sozialen und politischen Anschauungen soll und muß heute jeder Arbeitgeber Einfluß nehmen.“

So wird der Terrorismus streikender Arbeiter bekämpft und der Terrorismus der Polizei und des Unternehmertums offen proklamiert.

**Kulturkonservative Wahlreform.**

Die konservativen „Grenzboten“ behandeln in dem am Donnerstag erschienenen Heft das preussische Wahlproblem. Durchaus zutreffend wird darauf hingewiesen, daß eine enge Wechselwirkung zwischen dem preussischen Wahlrecht und der herrschenden Unzufriedenheit im Reiche besteht, eine Wechselwirkung, die nach den „Grenzboten“ bisher allerdings von den Regierungskreisen nicht eingesehen wird:

Ob nun diese Wechselwirkung mit ihren Begleiterscheinungen sowohl im Gesamtsystem der Parteien wie besonders an den zunehmenden Regierungskreisen bereits so hart gewendet wird, wie sie es als Hemmung sozialer Fortschritts- und Förderung sozialer Kräfte zu betrachten verdient, dürfte nach den bisherigen Erfahrungen für den Augenblick billig bezweifelt werden. Sicherlich aber wird diese Bemerkung durch die Macht der sie bestimmenden Tatsachen ganz von selbst mehr und mehr an Raum und damit an Bedeutung gewinnen und so schließlich doch zum bestimmenden Faktor der künftigen Wahlreform in Preußen werden.

Die „Grenzboten“ unterziehen sich der verdienstvollen Mühe, zum 1. und 2. vierten Male die Schäden des Dreiklassenwahlrechts darzustellen. Sie verweisen darauf, daß dieses Wahlrecht einen ausgeprägt plutokratischen Charakter trägt, daß 84,67 Prozent der Wähler in der dritten Klasse, nur 3,36 Prozent in der ersten Klasse wählen, daß nach einer Statistik vom Jahre 1906 unter den 29 028 Wahlbezirken nicht weniger als 2214 vorhanden waren, in denen die erste Klasse nur von einem Urmähler gebildet wurde, und daß zu diesen Ungeheuerlichkeiten dann noch die indirekte Wahl und die Oeffentlichkeit der Wahl trete. Zutreffend wird in diesem Zusammenhang das Bismarckische Wort zitiert, daß ein widerwärtigeres und elenderes Wahlrecht in irgendeinem Staate nicht ausgedacht worden sei.

Die „Grenzboten“ schildern dann den letzten Wahlreformversuch vom Jahre 1911 und geben dann zu politischen Vorläufen für eine Wahlreform über. Wenn man aber nun glaubt, daß die zutreffende Verurteilung des Dreiklassenwahlrechts vernünftige Vorschläge für eine Wahlreform zur Folge haben müßte, dann tritt man sich. Die sogenannten Kulturkonservativen der „Grenzboten“ wagen nicht, Konsequenzen zu ziehen und an Stelle des Dreiklassenwahlrechts das Recht der allgemeinen, gleichen Wahl zu setzen; was sie vorschlagen, ist nur eine andre Form für dasselbe Unrecht. Die geheime Wahl wird von den „Grenzboten“ empfohlen. Im übrigen aber geben ihre Wünsche auf ein Wahlrecht hinaus, das eine Stimmmehrheitung bis zu einem bestimmten für den Wähler der oberen Schichten verleiht. Das ist die Vorbedingung der Verwirklichung eines für die Errichtung des 50. Lebensjahres eine zweite. Außerdem aber soll ein Zusatz eingeführt werden, und zwar besteht, daß die Wähler unter 200 Mark die untere Schicht, Wähler von 200 bis 600 Mark die Mittelschicht und alle Wähler mit Einkommen über 600 Mark die obere Schicht bilden. Wähler mit Einkommen von weniger als 200 Mark werden mit der Verheimlichungs- und Altersstimm im Verhältnis drei Stimmen belohnt. Die Wähler der ersten Vermögensklasse sollen vier, fünf und sechs Stimmen die Wähler der oberen Vermögensklasse haben, acht und neun Stimmen erhalten, je nachdem sie verheiratet sind oder das 50. Lebensjahr überschritten haben.

Im Effect dieser Wahlreform gehen auf Verlangen abhängen Wirtschaftskennzeichen wie das heutige Dreiklassenwahlrecht. Wenn die „Grenzboten“ glauben, mit einem solchen Wahlrecht die Unzufriedenheit im Reiche zu beseitigen und das Wahlrechtssystem gelöst zu haben, können sie die Entschlossenheit im Reiche schätzen. Es gibt nur eine Lösung der Wahlrechtsfrage, und die lautet: allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht!

**Die farbige Goldkette.**

Der farbige König Peter bei der Demission des Reichspräsidenten Reichardt angenommen. Reichardt, der kaiserliche Berater des Kaisers über die Farben von Kaiserin, ist an seinen Folgen geknüpft. Die Art, wie der König den Reichspräsidenten der Regierung durch unbestimmte Reden über das Demissionsangebot lösen machte, konnte unabweislich erkennen, nicht mehr befähigt, daß Kaiser über der

Partei der Offiziere ergreift. Die Dynastie verdankt dem radikalen Ministerpräsidenten nicht wenig, aber die Erinnerungen an den Thronwechsel schrecken. Peter möchte bei einer neuen Offiziersverchwörung nicht der leidende Teil sein, wie er einst der heimliche Führer war.

Der Gegensatz zwischen der Regierung und den Offizieren gab sich schon in der letzten Zeit des Krieges kund. Er verschärfte sich mächtig, als dann die Militärverwaltung in Neusehrien durch Zivilbehörden ersetzt werden sollte. Als der Abmarckaufstand in den eroberten Gebieten ausbrach, wurde den Offizieren schuld gegeben, sie hätten, um die Pläne Raschitsch zum Scheitern zu bringen, absichtlich Maßnahmen getroffen, durch die die jüdischen Gebiete von Truppen entblößt wurden. Das Ultimatum Berchtholds lenkte dann wieder den innern Zwist nach außen ab.

Doch gab es keinen Frieden. Die Offiziere fühlten sich als die eigentlichen Träger des Sieges, denen die Macht gehört. Um sie sammeln sich alle Raschitsch feindlichen Elemente. Die oppositionellen Blätter malen die Lage in den düstersten Farben. Sie kündigen neuen Kampf zwischen Gendarmerie und Soldaten an. Die innere Ruhe könne nur der Sturz Raschitsch und der Radikalen wiederherstellen.

So erfährt auch Serbien, wie es Japan erfuhr, daß der Krieg auch dem Sieger schwere Gefahren zurüchläßt. Der wild entfesselte Kampf der Machtgier und des Ehrgeizes stellt Serbien vor erschütternde innere Kriegen.

**Notizen.**

**Der Streit um das künftige Reichstagspräsidium.** Der Zentrumsführer Dr. Julius Bacher behandelt im „Tag“ die Haltung des Zentrums zur Zusammenziehung des künftigen Reichstagspräsidiums. Das Herr Kämpf nicht mehr in Frage kommen kann, hält Bacher für selbstverständlich; er wendet sich aber scharf dagegen, daß das Zentrum es übernimmt, den Präsidenten zu stellen. Dagegen hält er es für richtig, wenn die Zentrumspartei die Stelle des ersten Vizepräsidenten beansprucht. Das Zentrum wird also nicht darauf reflektieren, den Präsidenten zu stellen, aber auch die Nationalliberalen lehnen diese Ehre ab; wenigstens führt der Abgeordnete Bajermann in einem Artikel der „Ostseezeitung“ aus, daß die nationalliberale Partei gar nicht daran denke, dieses ehrenvolle Amt für einen der Ihren zu erstreben. Die nationalliberale Partei nicht aber Pasche und die Seinen.

**Ein Unterstaatssekretär, der nicht vorhanden ist.** Der Admiral von Capelle im Reichsmarineamt ist mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Unterstaatssekretärs betraut worden. Dieser Vorgang ist deshalb merkwürdig, weil im Marine-Etat die Stelle eines Unterstaatssekretärs nicht enthalten ist. Admiral v. Capelle ist zwar mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Unterstaatssekretärs betraut worden; das bedeutet aber, daß im kommenden Marine-Etat die Stelle eines Unterstaatssekretärs gefordert wird, die in Wirklichkeit dann schon vorhanden ist.

**Ostelische Wahlvorbereitungen.** Wenn der Reichstag wieder zusammentritt, dann dürfte der konservative Reichstagsabgeordnete v. Rajow reis sein zum Fliegen. Seine Wahl im Wahlkreis Labiau-Wehlau ist so ostelisch zustande gekommen, daß kaum ein Zweifel daran möglich ist, daß sie für ungültig erklärt wird. Die Konservativen wissen das, weshalb sie schon jetzt mit den Wahlvorbereitungen einlegen. Vier und Schnaps müssen dazu dienen, eine den Konservativen günstige Stimmung zu erzeugen. Zur Bezeichnung des Kreises ist ein Parteisekretär angestellt worden, von dem der nationalliberale „Deutsche Kurier“ folgende armütige Schilderung entwirft:

„Aber derselbe Herr konnte es früher auch anders. Und das ist noch gar nicht so lange her. Denn als der Reichstagswahlkampf in Angerburg-Uphen tobte, schwang er sein Kreuzbein karapiesmäßig für die vereinigten Freiwillichen und Nationalliberalen und donnerte gegen seine jetzigen Brotagher und ihren Kandidaten im demselben Bräunten der Ueberzeugung, wie jetzt im Mai gegen seine damaligen Parteigenossen und Austraggeber.“

Der Wahlkreis Labiau-Wehlau war bereits einmal durch den nationalliberalen Bürgermeister Wagner im Reichstag vertreten.

**Frauen in der Wohnungsinpektion.** Der Stadtmagistrat von Nürnberg beschloß, jedem der beiden Wohnungsinpektoren künftig je eine ehrenamtliche weibliche Hilfskraft für Wohnungsinspektion beizugeben und dieser gegebenenfalls auch eine kleine Entschädigung zu gewähren.

**Konservative Obstruktion.** Aus Kopenhagen wird gemeldet: Der Landsting, das Oberhaus, verhandelte am Mittwoch über das von der Regierung eingebrachte neue demokratische Wahlgesetz für die beiden Kammern des Reichstags. Die von der Mehrheit, nämlich der Linken, den Sozialdemokraten und den Radikalen, gestellten Änderungsverschlüge wurden mit 33 gegen 31 Stimmen der Konservativen angenommen. Namens der Konservativen erklärte darauf der Führer der Rechten Biper, daß die Konservativen, da sie nicht die Verantwortung tragen wollten, daß das Gesetz angenommen würde, sich genötigt sehen, den Saal zu verlassen, was jedesmal geschehen werde, looft der Gelegenheits zur Beratung komme. Darauf verließen die Konservativen den Saal. Bei der Abstimmung wurde die abgeänderte Vorlage mit 33 Stimmen angenommen. 32 Abgeordnete waren abwesend. Der Präsident stellte fest, daß der Landsting beschlußfähig sei. Zur Beschlußfähigkeit ist erforderlich, daß mehr als die Hälfte der 60 Landstingmitglieder an der Abstimmung teilnimmt und es hatte nur gerade die Hälfte sich beteiligt. So hoffen die Konservativen, das neue Wahlgesetz verhindern zu können.

**Zuftragtenkampf.** In Kopenhagen hatten zwei elegant gekleidete Damen den Oberbalkonen der beiden führenden Unterblätter einen unwillkommenen Besuch ab. Zuerst liefen sie sich bei Steward, dem Herausgeber des „København Telegraf“, anmelden. Die eine der Damen trug sich, Steward, der sich als höflicher Mann beim Besuch der beiden Damen erheben wollte, mit der Faust zwischen die Augen. Der Anschlag ist infolge der Wucht des unerwarteten Angriffes in seinen Erfolg geriet und kürzte dann um ihm um. Angreiferin ganz die Gefährnis der Angreiferin einen klettert, ließ ergriffen und dessen Zustand dem überwachenden Radikalen über den Kopf geschüttelt. Niemand wagte sich auf das Hilfsgehör des Kommandos die währenden Frauen heran, und so gelangten sie ungehindert zu der Redaktion der „København Revueletter“, wo sie den Redaktionsleiter Anstetten mit einer mitgeschickten Karte: „Bitte, ich zu danken, daß dieser ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.“ In beiden Lokalen drei Zuftragten vor dem Holoway-Gefängnis dem ihnen verhafteten Gefängnis Dr. Howard auf, der die künftliche Genesung der Zuftragten beim Hangerkreuz durchführt. „Du altes Hühnergeschrei, Daniel“ und ähnliche Schmeicheleiworte schloßen ihm entgegen, und ehe die bekannte Doktor und Gefängnisarzt die Zuftragten erlöste hatte, schickte ihm eine der Zuftragten mit einer sehr despektischen um die Ehren. Hingeworfene Politiken nahmen zwei der Zuftragten fest, während die dritte entflo. Vor dem Polizeirichter wendete sich der Angeklagte zu stellen und so blieb dem Richter nichts anderes übrig, als die Zuftragten mit dem gut gemeinten, aber unglückseligen Entschluß zu entlassen: „Man wird aber in Zukunft hübsch artig.“ In der Vor-Saal des Gefängnisses erhielt eine Zuftragte zwei Zuftragten zu einem neuen Besuch und gebrauchte die Klasse dann gegen einen hochbetagten Insassen, der an der Hand schwer verletzt wurde. Beide Frauen sind völlig vernichtet. Im Aufseherzimmer fand man ein Stück Papier mit den Worten: „Bisher haben wir uns noch viel zu sehr wie Damen verhalten.“ Die Zuftragte wurde dem Polizeirichter übergeben.



## Aus der Gewerkschaftsbewegung.

**Unternehmerterror.** Die Firma Fröh Schütz, Möbelfabrik, in... jedes Tapezierer durch Androhung der sofortigen Entlassung, ihren Austritt aus dem Tapeziererverband zu erklären. Der Tapeziererverband hat erst vor einigen Monaten dort eine Filiale errichtet, die den Unternehmern höchst un bequem ist. Durch den terroristischen Gewaltstreik soll der jungen Organisation der Lebensfäden durchgeschnitten werden. Dieses Ziel dürften die Glogauer Unternehmer nicht erreichen, wenn die Tapezierer Glogau meiden. Gegen den Unternehmerterror gibt es natürlich keinen § 153 der Gewerbeordnung — und auch keinen Staatsanwalt. —

**Zum Streik in den Rheinaniwerken in Monheim.** Mit der Verhaftung der ganzen Streikleitung und der 30 Streikenden läßt sich die Monheimer Polizeibehörde nicht begnügen. Nachdem sie die Verhafteten freigelassen hat, versucht sie jetzt andere Maßnahmen. Am vergangenen Sonntag erschienen morgens in aller Frühe zwei Gendarmen in der Wohnung zweier Streikenden und forderten kategorisch die Herausgabe ihrer Mitgliedsbücher des Bauarbeiterverbandes, da sie beide zur Mitgliedschaft noch zu jung seien. Beide sind übrigens über 18 Jahre alt. Alle Einwendungen der Streikenden nützten nichts, die Mitgliedsbücher wurden von den Beamten mitgenommen und den Eltern der beiden erklärt, daß die Person, die die Ausnahme bewerkstelligt habe, bestraft würde. Ein anderer Streikender, ein Holländer, wurde aufgefordert, sich die „Feldarbeitkarte“ zu besorgen, andernfalls er ausgewiesen werden müsse, denn (so sagte wörtlich der Gendarm) Ausländer dürfen nicht streiken. Die von dem Arbeiter beantragte Ausfertigung dieser Legitimationskarte wurde dann aber von der Behörde verweigert und dem Arbeiter wurden zudem noch sämtliche Papiere beschlagnahmt. Dabei hat der bestreikte Unternehmer 31 Holländer als Streikbrecher kommen lassen, ohne daß von diesen bisher eine Ausländerkarte verlangt wurde. Nachdem übrigens die holländischen Arbeiter Kenntnis davon erhielten, daß sie als Streikbrecher benutzt werden sollten, schlossen sie sich bis auf einen dem Streik an. Ob sie jetzt eine „Landarbeiterkarte“ sich beschaffen müssen? Am 15. Juni werden sich drei Streikende vor dem Opladener Schöffengericht wegen Beleidigung eines Arbeitswilligen zu verantworten haben. Der Streik geht weiter. Zugang ist ferngehalten. —

**Scharfmacherlogik.** Staatsanwälte und Polizeibehörden wird Konkurrenz gemacht in der schärfsten Auslegung, wie die freien Gewerkschaften zu politischen Vereinen gestempelt werden könnten. Die Scharfmacher üben sich in dieser juristischen Auslegung, bei der natürlich munter unterlegt wird, was auszulegen nicht möglich ist. Der „Arbeitgeber“, Organ der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände liefert in seiner neuen Nummer (1. Juni) seinen Beitrag zur Politisierung der Gewerkschaften. Mit Bezug auf die Erklärung des Staatssekretärs Delbrück zu der bekannten Verfügung des Berliner Polizeipräsidenten, daß Gewerkschaften im allgemeinen, soweit sie sich ausschließlich der Förderung der wirtschaftlichen Interessen der in ihnen zusammengefügten Berufsangehörigen widmen, nicht als politische Vereine zu betrachten seien, sondern nur, wenn sie auf die Verfassung, auf die staatsrechtlichen Verhältnisse einzuwirken versuchen, bemerkt der „Arbeitgeber“: „Daß es überhaupt keine Gewerkschaft gibt, die sich ausschließlich mit der Förderung wirtschaftlicher Interessen beschäftigt, sondern die Gewerkschaften sind alle zum Zwecke des Kampfes gegen das Unternehmertum ins Leben gerufen worden. Der Zweck des Kampfes der gewerkschaftlichen Sozialdemokratie (?) ist aber die Niederwerfung der Arbeiterschaft und weiterhin der Umsturz der heutigen Staatsordnung. Solange die Sozialdemokratie eine politische Partei ist, werden die Gewerkschaften auch politische Vereine sein, denn die Gewerkschaftsbewegung ist ein Teil der sozialdemokratischen Bewegung. Der Teil trägt den Charakter des Ganzen. Erfreulicherweise ist auch nach der Ansicht des Staatssekretärs als durch einmündige Zeugen für erwiesen erachtet, daß bei Gewerkschaftsversammlungen immer wieder am Schluß die Mitglieder aufgefordert werden, den politischen Organisationen der Sozialdemokratie beizutreten, da Sozialdemokratie und Gewerkschaften eins seien. Würde von der Sozialdemokratie nicht dahin gearbeitet, die freien Gewerkschaften auch zur politischen Betätigung heranzuziehen, so würde man auch die sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht als politische Vereine im Sinne des Reichsvergesetzes ansehen können.“ — Wie doch die herrschende Scharfmacherlogik im Glashaute sitzen und mit Steinen werfen! Glauben sie wirklich, der Welt vorzureden zu können, daß sie sich ausschließlich mit wirtschaftlichen Fragen in ihren Verbänden beschäftigen? Ihre Vereinigungen müßten bei einer gleichen Anwendung der Gesetze schon längst als politische Vereine erklärt werden, was zu allem Überdruß trotz der jetzt schon massenhaften Beispielen demnächst noch ein wenig näher dargelegt werden soll. —

### Der Landarbeiterverband 1913.

Der Verband hatte am Schluß des Jahres 1913 wieder einen erheblichen Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen, trotz des beschärfsten Kampfes der Gegner des Verbandes. Die Befähigung des Verbandes wurde in zwei Konferenzen im preussischen Abgeordnetenhause im Bericht der preussischen Regierung, von Vertretern des preussischen Landes-Oekonomie-Kollegiums, des Bundes der Landwirte, des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, des Deutschen Kriegereubundes und einer Reihe weiterer arbeitervindlicher Vereine eingeleitet. Der Bund der Landwirte hat dann eine Beobachtungsstelle eingerichtet mit der Aufgabe, jede irgendwie bemerkbare Tätigkeit des Verbandes, vor allem die Zeitung, zu überwachen und gegebenenfalls sofort die geeigneten Schritte einzuleiten.

Die Organisation der Landarbeiter hat sich jedoch in den letzten agitatorisch bearbeiteten Gebieten so weit eingelebt, daß trotz der verheerenden Gegner oder vielleicht gerade deshalb, ein weiteres Ansteigen der Mitgliederzahl zu verzeichnen ist. Ein weiterer Umstand, der da und dort vielleicht als ein großes Hemmnis der weiteren Ausbreitung sich entgegenstellen konnte, war die auf der letzten Generalversammlung geschlossene Besetzung des niedrigen Monatsbeitrags von 30 Pf. Der in einigen Orten hierauf zurückzuführende Rückgang ist wieder ausgeglichen worden.

Die Mitgliederzahl lag von 18 157 (darunter 743 weibliche) im Jahre 1912 auf 20 267 (darunter 84 weibliche) im Jahre 1913. Die Mitglieder verteilen sich auf 555 Ortsgruppen. Die Gesamten an Beiträgen liegen von 82 047 Mark im Jahre 1912 auf 100 995 Mark im Jahre 1913. Unter den Ausgaben figurieren für Krankenunterstützung im Jahre 1912 die Summe von 12 029 Mark, im Jahre 1913 die Summe von 20 373 Mark. Der Rechtschutz erforderte an Anwalts- und Gerichtsfehlen 3880 Mark im Jahre 1912 und 7040 Mark im Jahre 1913. Für die Verbandszeitung wurde 1912 ausgegeben 10 970 Mark und 1913 der Betrag von 12 516 Mark. Erheblich sind die Summen, die von den Ortsgruppen direkt ausgegeben wurden, ebenso die Beträge für Steuerbegl. Maßregelungsunterstützung und für Wohnbewegungen. — Die Zahl der durchgeführten Wohnbewegungen ist im Jahre 1913 erheblich gestiegen, ebenso auch die Summe der Erfolge, die meist in Erhöhungen des Wochenlohnes und in Verkürzung der Arbeitszeit bestanden. Zu einem großen Teile wurden diese Erfolge erzielt beim Ablauf des Arbeitsvertrags, zu einem Teil jedoch waren Arbeitsentgeltungen nötig, wo die Unternehmer zum Nachgeben zu zwingen.

Die am meisten in Anspruch genommene Einrichtung des Verbandes, der freie Rechtschutz, erforderte in den Jahren 1912/13 ein Eingreifen in 1366 Fällen. Davon entfielen auf Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis 917, Strafsachen 111, Unfallversicherung 141, Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung 86, Krankenversicherung 41 und andere Rechtsgebiete 70 Fälle. Voller Rechtschutz mit Ueber-

nahme der Kosten und freier Durchführung des Prozesses erfolgte in 832 Fällen, während in 534 Fällen nur Rechtsauskunft erteilt wurde. Mit Erfolg wurden Rechtsfälle in Arbeitsstreitigkeiten 264 durchgeführt, ohne Erfolg endeten 182 Fälle. In Strafsachen endeten mit Erfolg 8 Fälle, ohne Erfolg 23. In der Arbeiterversicherung endeten mit Erfolg 33 Fälle, ohne Erfolg 34, während in 56 Fällen wegen Unschlüssigkeit eine Zurücknahme des Rekurses vor dem Reichsversicherungsamt erfolgen mußte. Im baren Gelde wurde der Betrag von insgesamt 6562 Mark erstritten, und zwar entweder durch Klage oder im Vergleichsweg. In einer Reihe weiterer Fälle wurden Deputate, die Ausfolgung von Zeugnissen usw. erreicht. Von den erfolgreich durchgeführten Arbeitsstreitigkeiten waren 132 bei Gericht anhängig, während 114 durch schriftliche Verhandlungen mit dem Unternehmer zum Erfolg geführt werden konnten. In allen bei Gericht durchgeführten Prozessen war stets ein Rechtsanwalt als Vertreter des klagenden oder beklagten Mitgliedes tätig.

Die unter den ungünstigen Umständen erreichte Steigerung des Mitgliederbestandes ist die beste Gewähr dafür, daß der Organisationsgedanke unter den Land- und Forstarbeitern wächst und daß ihre Organisation auf dem besten Wege ist, ein würdiges und einflussreiches Glied in der modernen Arbeiterbewegung zu werden. —

## 12. Verbandstag der Maschinisten und Heizer.

kr. Leipzig, 2. Juni.  
(3. Verhandlungstag.)

Auch am Dienstag früh wurde die Debatte über den Verbandsbericht fortgesetzt. Auf die neue wurde die Agitationsweise der Gemeindeführer und Transportarbeiter angegriffen, die im Widerspruch zu den Beschlüssen des Hamburger Gewerkschaftskongresses stehen. Scheffel erhielt das Schlußwort. Er konzentrierte sich zur Hauptsache auf die Werftarbeiterbewegung. Im Interesse der Gesamtorganisation dürfte der Vorstand nicht anders handeln. Der Streik sei eingeleitet allen gewerkschaftlichen Grundfragen eingeleitet und geführt worden. Es sei im Interesse des Verbandes notwendig, daß solche oder ähnliche Vorgänge sich nicht wiederholen. Nachdem Medner auch die anderen Punkte, an denen Kritik geübt wurde, gereinigt, schloß er seine Ausführungen mit den Worten: „Vorbereitung eines guten Zusammenarbeitens sei gegenseitiges Vertrauen zum Wohl aller Kollegen.“

Dann erhielt der Vorsitzende Scheffel das Wort zur Vernehmlichungsfrage. Schon wiederholt hätten sich die Verbandstage mit dieser Frage beschäftigt und im Prinzip sich für die Verneinung erklärt. Nachdem er das für und Wider von allen Seiten erörtert, meinte er, ob bei den Maschinisten die Verhältnisse für die Verneinung reif seien, das hätten die Kollegen zu entscheiden. Der Verband habe dem Bescheid des letzten Verbandstages entsprochen und mit dem Vorstand des Metallarbeiterverbandes Verhandlungen gepflegt. Der erste Schritt zur Verneinung sei bereits getan durch Abbruch eines Kartellvertrags und die gegenseitigen Vertretungen auf den beiderseitigen Tagungen. Nur wenn demnach die Verneinung perfekt würde, so wird das nur zum Vorteil aller Kollegen sein.

Ueber die Hebertrittsbedingungen ist auch bereits beraten worden, die für die Maschinisten jedoch noch nicht genügen. Eine Rolle spielte dabei, ob die Dauer der Mitgliedschaft und die geleisteten Beiträge beim Hebertritt in Anrechnung gebracht werden und ob im Metallarbeiterverband sowie bei den Maschinisten der Staffelfeitrag eingeführt wird. Vor allen Dingen aber wurde die Frage erörtert, wie die Vertretung der Berufsangehörigen der Maschinisten und Heizer im Metallarbeiterverband erfolgen und die technische Beilage für die Mitglieder erhalten bleiben soll.

Nach Eingekommene dieses Referats erklärte der zweite ordentliche Verbandstag in Leipzig sein Einverständnis mit den Maßnahmen des Vorstandes: „Der Verbandstag befürwortet, daß er im Prinzip einer Verneinung nicht abgeneigt ist und betrachtet den Deutschen Metallarbeiterverband als eine für den Anschluß geeignete Organisation. Er ist jedoch der Ansicht, daß die Zeit des Anschlusses bzw. Hebertritts noch nicht gekommen und daß daher die Lösung der Verneinungsfrage bis zu einem geeigneten Zeitpunkt zu vertagen ist, und er verpflichtet die Delegierten, bis dahin mit aller Kraft für den weiteren Ausbau unserer Berufsorganisation einzutreten.“ Der Verbandstag beauftragt den Verbandsvorstand, die Verhandlungen und Vorarbeiten wieder aufzunehmen, insofern die zukünftige Entwicklung oder auch besondere Ereignisse dazu Veranlassung geben. Als eine Vorbereitungsmaßnahme zur Verneinung erachtet der Verbandstag eine Erweiterung der Konzeptionen, insbesondere bei Anrechnung der den übertretenden Mitgliedern zu gewährenden Rechte.

kr. Leipzig, 3. Juni.  
(1. Verhandlungstag.)

Für die Statutenberatungskommission berichtete Eckert (München). Beschlossen wurde eine Beitragserhöhung von 10 Pf. für jede Beitragsklasse. Der Betrag der Erwerbslosenunterstützung wurde um 1 bis 4 Wochen erhöht. Ferner wurde eine Vertiefung geschaffen, wodurch die inaktiv gewordenen Kollegen gegen Ablehnung einer 10-Pf.-Marke sich die erworbenen Rechte an die Unterstützung in Sterbefällen sichern können. Das Statut soll am 1. Januar in Kraft treten. Dem Vorstand zur Entscheidung übermengen wurden alle jene Anträge, die eine Reorganisation des Verwaltungskörpers wollen, mit dem Auftrag, sie bis zum 1. Januar 1915 zu erledigen. Nachzutragen ist noch, daß dem Vorstand insgesamt sowie dem Sekretär einstimmig Entlassung erteilt wurde.

Ferner stimmte der Verbandstag gegen fünf Stimmen einem Antrag zu auf Gewährung einer laufenden Zeurungszulage und Wohnungsgeldzuschuß von 15 Prozent. Die Verordnung erfolgt nach der Gehaltshöhe und gelangt monatlich zur Auszahlung. Auch soll bis zum Inkrafttreten des Reichsgesetzes der Versicherungsbeiträge für Angestellte der Beitrag zur Invalidenversicherung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten ab 1. Juli bezahlt werden. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes, auch der Sekretär und der Vorsitzende des Ausschusses wurden wiedergewählt. Zum Koalitionsrecht wurde eine Resolution angenommen. Dann sprach Scheffel über die Aufgaben des nächsten Gewerkschaftskongresses, und wurden sieben Delegierte dazu gewählt. Damit waren die Arbeiten des Verbandstages erledigt. —

## Provinz und Umgegend.

### „Sozialpolitik“ der Landesversicherungsanstalt.

Welch große Gefahr darin besteht, daß die Vorstände der Landesversicherungsanstalt auch nach Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung das Recht haben, über die Gewährung eines Heilverfahrens selbstherrlich zu bestimmen und krank Personen trotz Bestürmung des Arztes abzuweisen, wenn sie Gefährnisstrafen nicht erhalten haben, geht mit erschreckender Deutlichkeit aus folgendem Fall hervor. Den ein Arbeiter aus Dessau erlebte: Der Arbeiter Konjunktur vor einiger Zeit einen Arzt wegen eines Lungenleidens. Der Arzt konstatierte Lungenüberblutete. Da sich die Krankheit noch im Anfangsstadium befand, befürwortete der Arzt die Einleitung eines Heilverfahrens. Ein an die Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt in Merseburg gerichteter Antrag auf Einleitung des

Heilverfahrens wurde vom Vorstand mit folgender Begründung abgelehnt:

„Auf die Anfrage vom 17. April d. J. teilen wir Ihnen mit, daß der Antr. auf Unterbringung in einer Heilstätte für Sie hierseits am 11. März eingegangen, von uns aber unter dem 6. April mittels Schreibens an Ihre Krankenkasse abgelehnt worden ist, weil Sie in den letzten Jahren mehrfach wegen Eigentumsvergehen bestraft worden sind.“

Wir bemerken hierbei gleichzeitig, daß es aus diesem Grunde auch bei unserm abzuenden Bescheid verbleibt.

Wir haben die Krankenkasse um entsprechende Bescheidigung an Sie ersucht und Ihre Quittungskarte 10 zur Behändigung beigelegt.

Dieser Entsch. der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt bildet im höchsten Grade eine Gefahr für die Allgemeinheit und ist unsozial. Ein an Lungenüberblutete erkrankter Mensch bildet eine große Gefahr für die Allgemeinheit, denn er faun eine ganze Reihe von Personen infizieren. Das Allgemeininteresse erfordert es deshalb, daß ein solcher Mensch, wenn er noch zu heilen ist, einem Heilverfahren unterworfen und dadurch für die Allgemeinheit möglichst unschädlich gemacht wird. Die Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt denkt darüber aber anders. Sie lehnt es ab, einen lungenüberbluteten Mann zu heilen und ihn für die Allgemeinheit gefahrlos zu machen, weil er einige Male gestohlen hat. Abgesehen davon, daß es doch ein geradezu unverständliches Verfahren ist, wenn man einen Menschen, weil er einige Diebstähle begangen hat, durch die Nichterteilung eines Heilverfahrens unter Umständen dem Tode überantworten will, so faun doch die Allgemeinheit nicht darunter leiden, denn sie hat doch die Diebstähle nicht verurteilt.

Die Entscheidung der Landesversicherungsanstalt ist aber nicht nur unsozial, sondern sie muß auch noch finanziellen Standpunkt aus als durchaus verfehlt bezeichnet werden. Dadurch, daß die Versicherungsanstalt die verhältnismäßig geringfügigen Kosten für das Heilverfahren nicht bewilligen will, wird sie in absehbarer Zeit gezwungen sein, einem jetzt noch heilfähigen Menschen eine Invalidenrente zu zahlen, gegenüber der die Kosten des Heilverfahrens gar nicht in Betracht kommen. —

### Wahlkreis Oschersleben-Halberstadt-Wernigerode.

Halberstadt, 4. Juni. (Einbrüche.) In der Sonntagsnacht wurden in der Gleimstraße einem Nachholer aus dem Schlafzimmer zwei Portemonnaies, das eine mit 25 und das andre mit 30 Mark Inhalt gestohlen. Der Dieb ist in den Garten, von da über den Hof zum gestiegen und so in das zu ebener Erde gelegene Schlafzimmer gelangt. Einem Handelsmann aus Wogelsdorf, der in einem Lokal an der Patentstraße logierte, wurde, während er schlief, aus der Tasche ein Portemonnaie mit 25 Mark gestohlen. Hier konnte der Dieb in einem zugereisten Schloffer, der neben dem Gestohlenen auf einem Sofa geessen hatte und gesehen, daß dieser viel Geld bei sich trug, ermittelt werden. In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch wurde aus einem Wohnwagen der Karussellbesitzerin Teide, der auf dem Schützenwall anlässlich des Schützenfestes stand, mittels Einbruchs eine Reisetasche mit 600 Mark Bargeld, eine silberne Damenuhr mit schwarzer Perlenkette, ein kleiner Ring mit zwei blauen Steinen, ein Ring mit rotem Stein, eine Brosche aus einem Kaiser-Friedrich-Zweimarkstück, eine goldene Kette, ein Armband, ein Portemonnaie mit einem Pfandschein über eine auf den Namen der Gestohlenen bei einem Magdeburger Pfandhaus verlegte goldene Uhr mit langer goldener Kette, dem Gewerbeschein der Karussellbesitzerin und zwei Zweimarkstücken von der Jahrhundertfeier gestohlen. Nach der Behauptung der Gestohlenen kommt der 20-jährige Arbeiter Hans Thaler aus Bayern in Frage, der einige Zeit bei ihr beschäftigt und vor kurzen entlassen worden ist. Thaler habe genau gemußt, wo die Tasche aufbewahrt wurde. Wie festgestellt werden konnte, ist Thaler mit einem Unbekannten am Mittwoch morgen in der Richtung nach Magdeburg abgefahren. —

(Scheu wieder ein Philippshorn-Prozess.)

Am Mittwoch hand eine Verhandlung gegen den Kaufmann Martin Philippshorn wegen Beleidigung des Rechtsanwalts Dr. Müller aus Duedlandung an. Dr. Müller wurde in dem jetzt stattgefundenen Meinungsprozess Philippshorn als Zeuge vernommen. Dabei soll er nach der Angabe Philippshorn einen Meineid geleistet haben. In einer Reichswehrschrift die der Angeklagte an die Anwaltskammer in Naumburg richtete, hat er gegen Dr. Müller schwere Beleidigungen erhoben, unter anderem ihn des Meineids beschuldigt. Darauf wurde gegen Ph. Anklage erhoben. In der Beweisführung wurde festgestellt, daß Ph. wohl berechtigt war, eine Reichswehrschrift an die Anwaltskammer zu richten. Die von ihm verfaßte enthalte aber so starke Beleidigungen, daß eine Verurteilung, und zwar der Schwere der Beleidigungen nach eine Gefängnisstrafe eintreten müsse. Nach den Ausführungen der Rechtsanwältin wurde auf Antrag der Zeuge Dr. Müller als Nebenkläger zugelassen. In der Urteilsbegründung wurde hervorgehoben, daß nach dem Ermittlungsverfahren gegen Dr. Müller der Einziehungsbeschluss ergangen, was den Angeklagten aber nicht hindern kann, den Wahrheitsbeweis wieder anzutreten. Das Gericht hat diesen Beweis des Angeklagten, soweit er von ihm angetreten ist, als wahr unterstellt. Gelagt sei aber damit nicht, daß das von Dr. Müller jemertzeit Gelagte nicht den Tatsachen entspricht habe. Es ist nicht erwiesen, daß Dr. Müller einen Meineid geleistet hat. Der Angeklagte sei nach § 155 und 156 zu bestrafen. Der Saug des § 195 könne für den Angeklagten nicht in Frage kommen, da es ihm lediglich darum zu tun war, dem Dr. Müller bei der Anwaltskammer eins auszusprechen. Das Urteil lautet auf 2 Wochen Gefängnis. —

(Bautätigkeit.) Im Monat Mai sind an Baugenehmigungen erteilt worden: 37 der Altstadt, 20 und Ausbauten 7, Umbauten 4. Neugegründet sind dadurch 2 Wohnräume. In der Neustadt: Neubauten 4, An- und Ausbauten 7, Umbauten 2. Hierdurch sind 80 Wohnräume ausschließlich neuen neugegründet. —

Wernigerode, 4. Juni. (Erneute Einbrüche in Arbeiterunterkunftsbuden.) In der Stadtbude an der Benzingeröder Gasse, wo Herr Kaufmann Trube eine Ladefabrik errichtet hat, ist Ende voriger Woche ein Einbruch verübt worden. In den Feiertagen haben Diebe den Arbeiterbuden des Granitmerks Steinerns kleine Besuche abgesehen. Sie haben, nach den Hebertrafen zu urteilen, dort Feuer angemacht und auch gepest. Die Kleidungsstücke haben die Diebe mitgenommen. Von den Dären fehlt bis jetzt jeder Anhaltspunkt.

(Wahlverein.) Am Sonntag den 13. Juni findet im „Volksgarten“ eine Mitgliederversammlung statt. Der wichtigen Tagesordnung halber sei heute schon darauf hingewiesen. Es ist nicht jedes Genossen, für diese Versammlung eifrig Propaganda zu machen. Auch die Frauenabteilung soll in dieser Versammlung stark vertreten sein. —

### Wahlkreis Salze-Oschersleben.

Oschersleben, 4. Juni. (Wie wird der Werkverein der „Ama“ geleitet?) Bei der Tagung des „Hauptauschusses“ nationaler Arbeiter- und Berufsverbände Deutschlands in Saarbrücken war auch der Werkverein der „Ama“ durch einen Delegierten vertreten. Durch das Fehlen des Vorsitzenden des Werkvereins im Betriebsrat nahmen einige Mitglieder Veranlassung, sich über die Ursache des Fehlens zu erkundigen. Leider waren die Gefragten selbst nicht in der Lage, die Frage wünschgemäß beantworten zu können. So vergingen erst einige Tage, ehe Aufschluß über das Fehlen des Vorsitzenden des Werkvereins erfolgte. Jetzt erziehen die Mitglieder zu ihrem Ernennen, daß er zur Tagung der gelben Werkvereine nach Saarbrücken gereist war. Ueber die Delegation war im Werkverein weder ein Wort gesprochen



Der am Tage vor Pfingsten verhaftete Direktor des Schweriner Schwimmbades, über dessen Schwimmbad wir berichtet haben, ist...

Freisprechung der Gräfin Trepolo.

Der Mordprozess gegen die Gräfin Trepolo, die Witwe des Hauptmanns Lagone, die am 3. November den Vordritten ihres Mannes...

Drei Todesopfer einer Gasvergiftung.

Am Pfingstsonntag wurde in Berlin in der Gerichtskammer Erich Bleier in seiner Wohnung, Fischerfelder Straße 32, bestunngelöst aufgefunden...

Kein Bier - kein Choral!

In Gabelice ist der Kirchenchor in Streit geraten. Die Gründe für die Weigerung zum Singen werden jedem einleuchten, der...

4. Preussisch-Süddeutsche (230. Königlich Preussische) Klassenlotterie

5. Klasse 21. Ziehungstag 3. Juni 1914 Sonntags

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer aus die jede gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II.

Table with lottery numbers and prizes for the 4th Prussian-South German Class Lottery, 5th Class, 21st Drawing Day, June 3, 1914, Sunday.

4. Preussisch-Süddeutsche (230. Königlich Preussische) Klassenlotterie

5. Klasse 21. Ziehungstag 3. Juni 1914 Sonntags

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer aus die jede gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II.

Table with lottery numbers and prizes for the 4th Prussian-South German Class Lottery, 5th Class, 21st Drawing Day, June 3, 1914, Sunday.

Wahlkreis Salzweber-Gardelegen.

Weserting, 4. Juni. (Gefährliche Fieber.) Am zweiten Pfingstfesttag feierte der Bauhandwerker-Unterstützungsverein sein 25-jähriges Bestehen...

Kleine Chronik.

Ju 5 Stunden im Flugzug von Berlin nach Wien. Bekanntlich hat ein erster Pfingstfesttag einen Sonderzug von Johannisthal nach Wien gemacht...

Fliegertob im Meer.

Am Seebocclende wird berichtet: Der Jäger Gebhardt ist mit einem Wasserflugzeug ins Meer gestürzt...

Durch eine Kartenzugung zum Selbstmord getrieben.

Am Mittwochabend brachen in Berlin zwei Mädchen von der Schillingstraße in die Spree. Es gelang, eines der Mädchen zu retten...

Sonr Bräutigam erlöschte.

Am Schwaben in Berlin, in der Holzstraße, fand ein Hochzeitsmahl einen ungewöhnlichen Teilnehmer. Der Bräutigam des 24-jährigen...

Verhaftung eines Berliner Theaterdirectors.

Berlinsche Nacht erregte wie dem „S.“ gemeldet wurde, der Berliner Schauspieler die Verhaftung eines Theaterdirectors...

Sitz Besuchen erstarben.

Auf der Straße vor dem Berliner Stadtschloss wurde ein Besuchsbesuch von einem Mann...

Knastplatz im Gerichtsland.

In einer unterirdischen Höhle, die als Knastplatz in der Umgebung gegen den wegen Hochverrats angeklagten...

Table with lottery numbers and prizes for the 4th Prussian-South German Class Lottery, 5th Class, 21st Drawing Day, June 3, 1914, Sunday.

Table with lottery numbers and prizes for the 4th Prussian-South German Class Lottery, 5th Class, 21st Drawing Day, June 3, 1914, Sunday.











**Wasserstände.**

+ bedeutet über, - unter Null.

Hier, Eger und Moldau.		Fuß	Buch
Jungbunzlau	1. Juni + 0,08	2. Juni + 0,07	0,01
Saun	- 0,08	- 0,19	0,11
Budweis	+ 0,02	- 0,02	0,04
Prag	2. Juni	3. Juni	-
Inntrut und Saale.			
Straußfurt	2. Juni + 1,95	3. Juni + 1,85	0,10
Weißfels Untp.	+ 0,68	+ 0,58	0,10
Erotha	+ 2,38	+ 2,20	0,18
Milsleben	+ 2,00	+ 1,76	0,24
Vernburg	+ 1,55	+ 1,45	0,20
Raibe Oberpegel	+ 1,71	+ 1,66	0,05
Salze Unterp.	+ 1,30	+ 1,08	0,22
Grzeune	+ 1,35	+ 1,13	0,22
Wulbe.			
Deffau, Wulbebr.	1. Juni + 0,52	3. Juni + 0,46	0,06
Elbe.			
Hardwig	1. Juni - 0,60	2. Juni - 0,69	0,09
Brandeis	+ 0,05	- 0,01	0,06
Melmit	+ 0,58	+ 0,52	0,04
Leitmeritz	+ 0,12	- 0,04	0,16
Müßig	+ 0,40	+ 0,18	0,22
Tresden	+ 1,08	+ 1,17	0,09
Torgau	+ 1,10	+ 0,95	0,15
Wittenberg	+ 2,80	+ 2,15	0,65
Woblan	+ 1,64	+ 1,58	0,06
Worbis	+ 1,98	+ 1,91	0,07
Schönebeck	+ 1,88	+ 1,80	0,08
Magdeburg	+ 1,50	+ 1,45	0,05
Zangermünde	+ 2,49	+ 2,41	0,08
Wittenberge	+ 1,88	+ 1,97	0,09
Domitz	+ 1,04	+ 1,20	0,16
Soizenburg	+ 0,87	+ 0,97	0,10
Hohnstorf	+ 1,07	+ 1,19	0,12
Lauenburg	+ 1,05	+ 1,18	0,13

\* Auffig, 4. Juni. Pegelstand + 0,18. Vom Oberlauf werden 2 cm Buchs gemeldet. - Wetter: 8 Grad Wärme, aufheit. (Magdeb. Ztg.)

**Biehmarkt.**

Magdeburg, 3. Juni. (Städtischer Schlacht- und Viehhof.) Auftrieb: 271 Rinder, und zwar 16 Ochsen, 137 Bullen, 118 Färsen und Kühe, 5 Ferkel, 160 Kälber, 41 Schafsch. 1353 Schweine. Bezahlt für 100 Pfd. Lebendgewicht: 1 Rinder, A. Ochsen: a) vollfleischige, ausgewässerte höchsten Schlachtwerts, die noch nicht gezogen haben (ungejocht) 42-46 Mk.

b) vollfleischige, ausgewässerte im Alter von 4 bis 7 Jahren - - - - - Mk., c) junge fleischige, nicht ausgewässerte und ältere ausgewässerte - - - - - Mk., d) mäßig genährte junge, gut genährte ältere - - - - - Mk. B. Bullen: a) vollfleischige, ausgewässerte höchsten Schlachtwerts 46-49 Mk., b) vollfleischige jüngere 43-46 Mk., c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 38-42 Mk. C. Färsen und Kühe: a) vollfleischige ausgewässerte Färsen höchsten Schlachtwerts 45-48 Mk., b) vollfleischige, ausgewässerte Kühe höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren 42-45 Mk., c) ältere ausgewässerte Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 36 bis 41 Mk., d) mäßig genährte Kühe und Färsen 30-35 Mk., e) gering genährte Kühe und Färsen - - - - - Mk. D. Gering genährtes Jungvieh (Ferkel) 41-42 Mk. H. Kälber: a) Doppellender feinsten Mast 80-90 Mk., b) feinsten Mastfärsen 85-72 Mk., c) mittlere Mast- und beste Saugfärsen 56-62 Mk., d) geringere Mast- und gute Saugfärsen 49-55 Mk., e) geringe Saugfärsen 42-48 Mk. III. Schafe, Stallmastschafe: a) Mastlamm und jüngere Mastlamm 45-46 Mk., b) ältere Mastlamm, geringere Mastlamm und gut genährte junge Schafe 31-40 Mk., c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Märzschafe) - - - - - Mk. IV. Schweine: a) freilebende über 3 Zentner Lebendgewicht 45-46 Mk., Schlachtgewicht 58-57 Mk., b) vollfleischige von 240 bis 300 Pfd. Lebendgewicht 46-48 Mk., Schlachtgewicht 56-58 Mk., c) vollfleischige von 200 bis 240 Pfd. Lebendgewicht 45-46 Mk., Schlachtgewicht 56-58 Mk., d) vollfleischige Schweine von 160 bis 200 Pfd. Lebendgewicht 44-46 Mk., Schlachtgewicht 55-57 Mk., e) vollfleischige Schweine unter 160 Pfd. Lebendgewicht 42-45 Mk., Schlachtgewicht 52-56 Mk., f) unreine Sauen Lebendgewicht 40-43 Mk., Schlachtgewicht 50-54 Mk., g) geschnittene Ober Lebendgewicht 38-40 Mk., Schlachtgewicht 47-50 Mk. Verkauf und Tendenz: Lebhaft. - Ueberstand: 10 Rinder, - Kälber, - Schafe, - Schweine. -

**Bereins - Kalender.**

- Sozialdemokratischer Verein, Bezirk Magdeburg-Züd. Am Sonnabend den 6. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Sitzung sämtlicher Funktionäre bei Gutz, Gese Kaiser- und Blumenthalstraße. Die Bezirksleitung.
- Sozialdemokratischer Verein, Bezirk Sudau. Am Freitag den 5. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in der „Galia“ Sitzung sämtlicher Funktionäre des Bezirks. 285
- Sozialdemokratischer Verein, Bezirk Sudenburg. Sonnabend den 6. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Sitzung der Obleute und Kassierer in der „Berliner Bierhalle“. 265 Die Bezirksleitung.
- Sozialdemokratischer Verein Magdeburg. Sitzung der Bezirksleiterinnen am Dienstag den 9. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Parteisekretariat.
- Verband der Kupferhämmer. Sonnabend den 6. Juni, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei G. Böhm, Kl. Klosterstraße 15. 693
- Zentral-Franken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter. 51ste Magdeburg. Sonnabend den 6. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung in der „Bürgerhalle“, Tischlertrugstraße 28.

- Arb.-Kraftfahrerbund Solidarität, Ortsg. Magdeburg, Hdt. Sudenburg, Freitag, 5. Juni, abds. 9 Uhr, Versammlung „Berth. Bierhalle“.
- Vereinsklub. Freie Turner. Freitag abends 8 Uhr, Sitzung der Funktionäre. Sonnabend Mitgliederversammlung bei Schweiß. 696
- Fermerleben. Arbeiter-Lernverein Bornitz. Am Sonnabend den 6. Juni, abends 8 Uhr, Versammlung bei E. Siller. 695
- Hofenbodeleben. Männer-Lernverein. Sonnabend den 6. Juni, Versammlung bei Coerdt. 697
- Leinshorf. Kanarienzüchter-Verein. Am Sonnabend den 6. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei Ernst Nabel. 692
- Dienstedt. Arbeiter-Kraftfahrerbund Solidarität, Ortsgruppe Dienstedt. Sonnabend den 6. Juni Versammlung. Sonntag Tour nach Hohenbodeleben. Abfahrt 1 Uhr. 699
- Neuhaldensleben. Sozialdemokratischer Verein. Mitglieder-Versammlung. Sonnabend den 6. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Herzog. 694

**Standesamtliche Nachrichten.**

Magdeburg, 3. Juni. Todesfälle: Werkführer Wilhelm Stuhbach, 61 J., 1 M., 1 T. Wiffensch, Lehrerin Martha Stober, 57 J., 10 M., 14 T. Kaufmann Albert Siebert, 44 J., 8 M., 28 T. Karl, S. des Installateurs Karl Beeje, 7 M., 2 T.

Sudenburg, 2. Juni. Todesfälle: Witwe Wilhelmine Fähr geb. Reinhard, 76 J., 11 M., 10 T. Grifa, T. des Formers Max Könnede, 5 M., 14 T. Anna geb. Schubert, Ehefrau des Schneiders Friedrich v. Semmer, 85 J., 7 M., 13 T. Gerda, T. des Möbelschlers Emil Thieleke, 2 T. Lehrers-Witwe Ernehine Pfenning geb. Gutjche, 86 J., 10 M., 15 T. Handelsmann Guilan Velig, 43 J., 5 M. - 3. Juni: Hans, S. des Schlossers Walter Watt, 3 M., 17 T. Anna geb. Ulrich, Ehefrau des Karrenbesizers Gustav Körne in Adersleben, 44 J., 5 M., 20 T. Friederike geb. Meisen, Ehefrau des Bauwärters Johann Markschat, 54 J., 3 M., 13 T. Schuhmacher Christian Karsten, 51 J., 2 M., 28 T.

Sudau, 3. Juni. Todesfälle: Klaus, S. des Mechanikers Friedrich Sander, 5 T. Güterbodenarbeiter Karl Röber, 68 J., 3 M., 26 T.

Adersleben. Todesfall: Witwe Marie Liebing geb. Rohleder, 62 J., 1 M., 11 T.

Neuhaldensleben. Todesfälle: Alfiker Alb. Diederich, 76 J., 9 M., 10 T. Elise Ella, T. des Adersbürgers Paul Franz August Nabel, 9 T. Landwirt Christian Theodor Dietrich, 59 J., 5 M., 5 T.

**Für Stotterer**

Stammler, Lippler, Nüßler und Schwachköpfige mit Sprachgebrechen halte ich in Magdeburg auf Wunsch Kurse ab. Da ich als qualifizierter Sprachlehrer der Begründer der vereinfachten, durchschlagenden Methoden meine Erfolge hundertmal bewiesen habe, ist ein Preisler meiner dauernden Schülerfolge ausgeschloffen. Ich fühle mich durch die Erfahrung meiner ca. 10jährigen Praxis für berechtigt, vor Sprachapparaten sowie vor Teilnahme an minderwertigen Kursen zu warnen, deren Leiter unter die Kategorie der Kurpfuscher fallen und schwere Sprachleiden in 8 bis 10 Tagen beseitigen wollen, welches jedoch unmöglich ist. Wie wissenschaftlich festgestellt, kann nur ein auf dem Gebiet der Sprachheilkunde eigens hierfür ausgebildeter und erfahrener Spezialist auf natürlichem Wege dauernde Erfolge erzielen, weshalb mir auch seitens der Regierungsbehörden die Erlaubnis zur Abhaltung von Sprachheilkursen erteilt worden ist.

Der beste Beweis meiner großen Erfolge sind doch sicher die zahlreichen Referenzen sowie Hunderte auch polizeilich und notariell beglaubigte Original-Untersuchungsschreiben. Honorar mäßig. Schul- oder Berufsberatung (auch für auswärtige Schüler) tritt nicht ein; auch Abendunterricht. Wer sich von allen obigen Angaben überzeugen will, der möge meine unten angeführten kostenlosen Sprechstunden wahrnehmen. Anstufung, Untersuchung sowie gründliche Erklärung der Entstehung und Beseitigung der von den 10 Arten in Frage kommenden Sprachfehler kostenlos und ohne jede Verbindlichkeit in meinen Sprechstunden. Unterricht auf Wunsch einzeln, Damen separat. Nachweislich arme Waisen finden umsonst Aufnahme. Interessenten mögen es nicht veräumen, sich meinen Prospekt gratis und franko (berchl. Kuvert) senden zu lassen. Postkarte genügt. Sprechstunden und Anmeldung sind am Sonntag den 7. Juni, von 10 bis 1 Uhr und 3 bis 5 Uhr nachm., Montag den 8., Dienstag den 9. und Mittwoch den 10. Juni, von 11 bis 1 Uhr und 4 bis 8 Uhr abends.

**Sprach-Heilinstitut Lütgert**

Magdeburg, Bahnhofstraße 36, 2. Etage. M133

Pf. - 95 - Pf. - Tage! Tage!

Beginn: Sonnabend den 6. Juni.

Wir bringen eine Menge Artikel, als: Wäsche, Schürzen, Stickereien, Taschentücher, Baumwollwaren, Blusen, Reste und Coupons zum Einheitspreis von 95 Pf.

**Bazar-Magdeburg**

Jakobstraße (Ecke Peterstraße) - Sudenburg, Buckau, Neustadt, Groß-Adersleben.

**Zöpfe! Zöpfe!**

von 1.50 Mk. bis 25.00 Mk.

Zu allen Farben stets größte Auswahl!

Bitte meine Schaufenster zu beachten.

Kupfertigung auch von ausgefallenen Haar. - Auffärben von verblühten Haararbeiten. 2411

**Haarhandlung N. Jacobs**

Kurfürstenstraße 4.

**Anzüge, Ulster, Paletots**

(auch Gehrockanzüge)

im Abonnement getragen, gut erhaltene Qualitäten, jetzt vorrätig.

**J. Büscher**

2442 Kaiserstr. 23, Hof rechts.

**Röster**

beschränkt für dauernde Stellung im Kaffee- und Surrrogatfabrik nach außerhalb gesucht. Offerten mit Angabe d. Leistung, bisheriger Tätigkeit u. Gehaltsantrag, unt. R845 an Geim. Güter, Hamburg 3.

**Eleg. Damen-Garderobe, Gehrock-Verleih**

anhand Frack und Smoking

Möbes, Tischlerbrücke 29, 1. Etg.

**Herren-Müte- u. Mützen-Spezialgeschäft**

**Klara Wüdig**

Agnesenstraße 15

**Paul Wüdig**

Uhren | Goldwaren in großer Auswahl.

aller Art zu den billigsten Preisen | Brillen und Kleider besonders preiswert.

Reparaturen aller Art preiswert und gut!

**Bei Rückgratverfrümmungen**

Kann bei Erwachsenen und Kindern nur ein zweckentsprechender, gutführender Apparat überaus gute Erfolge erzielen, wenn eine gewissenhafte Nachbehandlung damit verbunden ist. Den mit fib. Reibstoffe präpariert. Lethal-Redressions-Apparat liefert mit diversen getraglich geschützten Verbesserungen in präzipitierter Ausführung zu bedeutend ermäßigtem Preise bei kostenloser Nachbehandlung.

**Paul Wenzel, Chemnitz, Reinhardtstraße 5.**

Gewissenhafte Beratung und Auskunft in Magdeburg Hotel Weicher Bar. am Dienstag den 9. Juni, von 9 bis 12 Uhr.

**Bezugsquellen-Verzeichnis**

Erscheint wöchentlich dreimal | Den Lesern zur Beachtung empfohlen

<b>Bandagen, Gummiw.</b>	Witte, Herm., Umfassung Str. 50a.	<b>Egeln</b>	Moritz Kaufmann, Konfektion.
<b>Keller, Herm.,</b> Regierungstr. 17.	Fr. Wiedig, Schmelzer, Buttorg. 1	<b>Frohse a. E.</b>	W. Helz, Bäck., Kond., Breitweg.
<b>Bierbrauereien, Bierhandlg.</b>	<b>Friscura, Barbiero</b>	<b>Gommern</b>	Friedrich Hamann, Kolonialwaren
Röthel, H. (A. Müller), Friedr.-St. 4a.	Sagel, Franz, Halberstädterstr. 61	<b>Kolonialwaren</b>	Maberland, Friedr., Petrihofstr.
Schmidt, A., Burg.	<b>Kohl, Holz, Grudekoko</b>	<b>Klopp, A.,</b> Bueck., Grusonstr. 2.	Klopp, A., Bueck., Grusonstr. 2.
<b>Röcker-, Konditoreien</b>	Schael, A., Halberstädter Str. 8.	<b>Kurz-, Web-, Woll-, Strümpfe</b>	Neumann, E., E. Schöneb. Str. 103.
Niemann, Gustav, Senneckenbeck.	<b>Sutter, Eler, Käse</b>	<b>Manufakturwaren</b>	Karlowky, A., Diesdorf.
<b>Th. Brandes Nachf.,</b> Breitew. 124.	<b>Drogen u. Farben</b>	<b>Obst u. Erdnüssen</b>	Hartmann, Heinrich, Neuestr.
<b>Letzky, Ewald,</b> Fernerleben.	<b>Fliescherer</b>	<b>Warenhäuser</b>	Kohs, Emil, Gr. Ottersleben.
<b>Arnold, Otto,</b> Freiweg 11.	<b>Obst u. Erdnüssen</b>	<b>Wild u. Geflügel</b>	Preuss, Friedr., Faldstr. 1.
<b>Karl Dänhardt,</b> Breiteweg 91.	<b>Warenhäuser</b>	<b>Förderer</b>	H. rrmann, A. M., Lötterstraße.
<b>Grosche, Gottfr.,</b> Gr. Mühlent. 8.	<b>Wild u. Geflügel</b>	<b>Manufakturwaren</b>	Karlowky, A., Diesdorf.
<b>Kopp, H.,</b> Neuhaldensleben Str. 8.	<b>Manufakturwaren</b>	<b>Manufakturwaren</b>	Karlowky, A., Diesdorf.
<b>Leitz, W.,</b> Neust. Lötterstr. 45.	<b>Manufakturwaren</b>	<b>Manufakturwaren</b>	Karlowky, A., Diesdorf.
<b>Müller, Otto,</b> Ovianderstr. 32.	<b>Manufakturwaren</b>	<b>Manufakturwaren</b>	Karlowky, A., Diesdorf.
<b>Kehring, Heinz,</b> Weidbergstr. 29.	<b>Manufakturwaren</b>	<b>Manufakturwaren</b>	Karlowky, A., Diesdorf.
<b>Kese, Z.,</b> Honnigst., Eka Schmidt.	<b>Manufakturwaren</b>	<b>Manufakturwaren</b>	Karlowky, A., Diesdorf.
<b>Schade, Ernst,</b> Ovianderstr. 41.	<b>Manufakturwaren</b>	<b>Manufakturwaren</b>	Karlowky, A., Diesdorf.
<b>Schulz, F.,</b> Gohab. 20, Neust. Sch.	<b>Manufakturwaren</b>	<b>Manufakturwaren</b>	Karlowky, A., Diesdorf.
<b>Albert Schumann,</b> Gr. Mühlent. 17.	<b>Manufakturwaren</b>	<b>Manufakturwaren</b>	Karlowky, A., Diesdorf.
<b>Sturm, W.,</b> Neustädter Str. 10.	<b>Manufakturwaren</b>	<b>Manufakturwaren</b>	Karlowky, A., Diesdorf.

Für das Bezugsquellen-Verzeichnis ist die Firma Josef Wichterich in Leipzig verantwortlich. Anfragen sind dahin zu richten.

**Fordern Sie**

**Beneficium**

(alkoholfreies Erfrischungsgetränk)

**in Gartenlokalen und Restaurants.**

**Arbeiter-Zentralbibliothek Magdeburg**

Georgenplatz 10, 1.

Geöffnet: Wochentags von 11 bis 1 Uhr vormittags und von 5 bis 8 Uhr nachmittags. Sonntags von 11 bis 12 Uhr vorm.

Am ersten und dritten Montag jedes Monats und an Festtagen ist die Bibliothek geschlossen.

Am Sonnabend den 6. Juni bleibt das Wilhelmshaus am Vormittag bis um 11 Uhr wegen Besichtigung geschlossen!

**Magdeburger Bade- und Badeschiffahrt**

Kfz. H. G. G. G.







# Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 4. Juni 1914.

## Arbeiterbehandlung bei N. Wolf.

Material für den preussischen Polizeiminister von der Firma N. Wolf. (Zugleich ein lehrreicher Beitrag vom Gegen der Fabrik-Pensionskassen.)

Der preussische Minister von Loebel sucht nach Material zu der Frage, wie Arbeiter behandelt werden. Wir sind erbötig, ihm solches in unheimlicher Fülle zur Verfügung zu stellen. Ein *„Blinder“* aus den Betrieben obengenannter Firma. Das Arbeitsverhältnis wies hier in den letzten Jahren eine ununterbrochene Kette von Zwangsmassregeln gegen eheliche Arbeiter auf. Sie haben dem großen Unternehmen keine Vorteile gebracht. Gerade in der fraglichen Zeit ist das früher so vorzüglich arbeitende Unternehmen in eine schwere finanzielle Krise gekommen, die eine schnelle Umwandlung in eine Aktiengesellschaft notwendig machte. Zugleich sind leitende Männer des Betriebes, die zu den hervorragendsten Protektoren der gelben Bewegung zählten, aus dem Unternehmen entfernt worden. Neue Männer sind an ihre Stelle getreten. Ob nun mit oder ohne Zustimmung derselben, es scheint, als sei der alte Faden wieder aufgenommen worden. Darauf läßt ein Vorgang schließen, der nicht nur bei den Arbeitern, sondern auch beim technischen und kaufmännischen Personal den heftigsten Unwillen hervorgerufen hat.

In den Betrieben der Firma kursiert das Gerücht, die dem gelben Verein angehörende Pensionskasse stehe finanziell äusserst bedenklich. Das veranlaßt unter anderem auch eine Anzahl Former zum Austritt aus der Pensionskasse, darunter die Former D. und W. Beim Austritt müssen sieben Zehntel der eingezahlten Beiträge zurückgezahlt werden. Dies Geld zu bekommen, war bereits mit Schwierigkeiten verknüpft. Dem Former W. wurde trotz Abmeldung und Mahnung bei der nächsten Lohnzahlung wieder der Beitrag für die Pensionskasse abgezogen. Als er endlich das Geld hatte, wurde er vor den Betriebsingenieur geladen, der ihn wegen des Austritts zur Rede stellte und ihm den dringenden Rat gab, sich wieder anzumelden. Da W. sich hierzu nicht bereit erklärte, wurde der Vorgesetzte deutlicher: „Sie belasten sich schwer. Denken Sie daran, daß die Fabrik kein Zehrer Söhne beschäftigt, die sie entlassen kann.“ Da diese Drohung keine Wirkung hatte, verlangte der Ingenieur, der Former solle dann wenigstens zum gelben Vorstand gehen und um Nachsicht bitten. Doch auch dazu bequeme sich dieser nicht. Die nächste Folge war folgendes vom 20. Mai datierte Schreiben des gelben Werkvereinsvorstandes:

Sie haben sich vor einiger Zeit aus unser Pensionskasse abgemeldet. Da wir nun durch diese Abmeldung annehmen, daß Sie auch an unsern weiteren Einrichtungen kein Interesse mehr haben, so möchten wir Ihnen anheimgeben, sich auch hierin abzumelden und erwarten innerhalb 3 Tagen Ihre Abmeldung aus dem Verein und der Krankenkasse. Falls eine solche bis spätestens Sonnabend dieser Woche bei uns nicht eingehen sollte, werden wir Sie ohne weiteres streichen.

Am 22. Mai wurde den Söhnen von ihren Meistern die Mitteilung gemacht, daß sie ihre Arbeit fertigzustellen hätten, da ihre Entlassung Montag den 25. Mai erfolge. Sie haben nicht bis Montag gewartet, vielmehr schon am Sonnabend ihre Entlassung genommen. In gleicher Weise wurden die Söhne des Formers D. behandelt; auch sie wurden entlassen und schließlich haben die beiden Former nach solcher Behandlung ihre Entlassung selbst genommen. Bemerkenswert ist dabei, daß die sechs Arbeiter bis auf einen, der erst vor wenigen Tagen ausgemerzt hatte, dem gelben Werkverein angehörten. Es fehlt nur noch, daß der Verband der Metallindustriellen sie durch seinen Arbeitsnachweis von der Arbeit ausschließt, dann hat man ein Bild von der „Freiheit“ der Arbeiter, die in die gelben Fellen gegangen sind.

**Arbeiterjugend.** Veranstaltungen am Sonntag: Pucka: Halbtagsspiel. Treffpunkt 2 Uhr vor der „Thalia“. Alte Pucka: Ausflug nach dem Barleber Bach. Abmarsch 2 1/2 Uhr von der „Krone“. Neue Pucka: Spiele im Freien. Treffpunkt 2 Uhr an der Italienstraße. Sudenburg: Tagesausflug nach Bad Elmen. Treffpunkt morgens 6 Uhr am Gieselerplatz. Fahrgeld 40 Pf. Die Uebung zur Sonnwendfeier findet nicht am Sonnabend, sondern am Montag bei Holz statt. Einer sage es dem andern. Jugendgenossinnen und -genossen, beteiligt euch zahlreich an euren Veranstaltungen.

**Bericht über die Tätigkeit des Reichstags** erstattet unser Reichstagsabgeordneter Genosse Otto Landsberg am Freitag den 12. Juni, abends 8 1/2 Uhr in einer öffentlichen Versammlung im „Luisenpark“. Die Arbeiterchaft wird ersucht, für guten Besuch dieser Versammlung Sorge tragen zu wollen.

**Vom Kaufmannsgericht zu Magdeburg.** Im Monat Mai wurden insgesamt 32 Klagen erhoben, erledigt wurden 18, davon hatten einen Streitwert bis 20 Mark 1 Klage, über 20 bis 50 Mark 3 Klagen, über 50 bis 100 Mark 3, über 100 bis 300 Mark 7 und über 300 Mark 4 Klagen. Erledigt wurden durch Versühnsmittel 3 Klagen, durch Anerkenntnis 1 Klage, durch Vergleich 6, durch andere Endurteile 2, durch Zurücknahme 3 und auf andre Art 3 Klagen. Die Zahl der Beweisbeschlüsse betrug 7.

**Zahntechniker oder Dentist.** Die nichtapprobierten Personen, die die Zahnheilkunde ausüben, nennen sich als Zahntechniker oder Dentisten zu bezeichnen. In der Öffentlichkeit sind allerdings mehrfach Zweifel darüber hervorgerufen, ob die letztere Bezeichnung zulässig ist. In einer solchen ergangenen gemeinsamen Verfügung des Handelsministers und des Ministers des Innern ist die Frage dahin entschieden, daß die Bezeichnung „Dentist“, sofern nicht besondere Umstände vorliegen, an sich nicht unzulässig sei, daß jedoch im ausüblichen Verkehr, entsprechend dem Wortlaut der Reichsverfängerordnung, allein die Bezeichnung „Zahntechniker“ anzuwenden sei.

**Tätigkeitsbericht der Feuerweh.** Im Monat Mai wurde die Hilfe der Feuerweh 30 mal in Anspruch genommen, dabei 20 mal bei Bränden. Unter diesen waren 1 Großfeuer, 3 Mittelfeuer und 16 Kleinfere.

**Die Sanitätsabteilung der Feuerweh** trat im Mai 389 mal in Tätigkeit, davon wurden 363 mal die Krankentransportwagen in Anspruch genommen.

**Ein Schornsteinbrand,** der am Donnerstag vormittag im Hause Nr. 27 in der Straße 9 entstanden war, konnte von einem Kommando der Feuerweh in kurzer Zeit beseitigt werden.

**Gardinenbrand.** Am Mittwoch abend 9 1/4 Uhr wurde Löschung 1 nach Garbina 7 gerufen. Durch die Explosion einer Lampe waren die Gardinen eines Fensters in Brand geraten. Die Gefahr war beim Eintreffen des Juges schon beseitigt.

**Rückgang der Tuberkulose-Sterblichkeit.** Nach dem neuesten Hefte der „Medizinalstatistischen Nachrichten“ hat die Zahl der an Tuberkulose Gestorbenen in Preußen im Jahre 1913 weiter abgenommen, und zwar viel erheblicher als in den vorausgehenden Jahren. Es starben nämlich an dieser Krankheit 56 583 Personen gegen 59 811 im Jahre 1912 und 61 219 im Jahre 1911. Während also im Jahre 1912 nur ein Rückgang um 740 Personen oder 1,2 v. H. erfolgt war, zeigt das Jahr 1913 eine Abnahme um 3228 Personen oder 5,4 v. H. Die Zahl der an Tuberkulose Gestorbenen hat in Preußen wie auch in andern Kulturländern, wo die Bekämpfung dieser Krankheit energisch eingesezt hat, schon seit längern Jahren einen wesentlichen Rückgang erfahren. Im Jahre 1876 betrug die Zahl der Sterbefälle an dieser Krankheit 79 770, so daß in den 37 Jahren, die seitdem verfloßen sind, ein Rückgang um jährlich rund 23 000 Sterbefälle erfolgt ist. Allerdings war die Abnahme in diesem Zeitraum nicht gleichmäßig, ja es sind in einzelnen Jahren sogar Zunahmen zu verzeichnen; im allgemeinen aber ist der Erfolg der gegen diese tödliche Krankheit gerichteten Maßnahmen unverkennbar.

Noch viel bedeutender ist der Rückgang, wenn man die Zahl der an Tuberkulose Gestorbenen mit der Gesamtzahl der Bevölkerung vergleicht. Im Jahre 1876 betrug die Verhältniszahl, auf 10 000 Lebende berechnet, 30,95. Im Jahre 1903 war die Zahl bereits auf 19,70 zurückgegangen und im Jahre 1912 war sie auf 14,59 gesunken und im Jahre 1913 betrug sie nur noch 13,68. Die Feststellung, daß die Zahl der an Tuberkulose Gestorbenen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung in den letzten 35 Jahren unter die Hälfte zurückgegangen ist, ist höchst erfreulich und ermuntert zu weiterem Kampfe gegen diese Krankheit.

Beachtenswert ist, daß der Rückgang sich ausschließlich auf die Tuberkulose der Lungen erstreckt, während die Todesfälle an Tuberkulose anderer Organe im Steigen begriffen sind. In den Jahren von 1903 bis 1912 (für 1913 liegen in dieser Hinsicht Angaben noch nicht vor) ist die Zahl der an Lungentuberkulose Gestorbenen von 64 310 auf 52 766, das ist von 18,09 auf 12,85 für 10 000 Einwohner, zurückgegangen, dagegen der an Tuberkulose anderer Organe Gestorbenen von 5739 auf 7145, das ist von 1,61 auf 1,74 gestiegen. Es ist anzunehmen, daß diese Zunahme insofern nur scheinbar ist, als sie auf eine genauere Diagnose bei der Feststellung der Todesursachen zurückzuführen ist.

**Ein Degenerierter.** Vor dem hiesigen Kriegsgericht der 7. Division spielte sich am Donnerstag wieder eine jener Verhandlungen ab, in denen es sich um die Frage handelt: Ist der Angeklagte zurechnungsfähig oder nicht? Um dies festzustellen, waren drei ärztliche Sachverständige als Zeugen anwesend. Angeklagt war der Arbeiterjobai erster Klasse Emil Erdmann, der sich wegen Achtungsverletzung, Schornsteinverweigerung und Verleumdung von Vorgesetzten zu verantworten hatte. Die Straftaten liegen ziemlich weit zurück. Am 21. August v. J. erhielt Erdmann wegen verschiedener Verfehlungen in der Arbeiterabteilung wieder mehrere strenge Arreststrafen. Bei einem kurz nach dem Abtreten der Abteilung angelegten Appell trat Erdmann nicht mit an. Herausgeholt und vom Oberleutnant Bernede zur Rede gestellt, antwortete Erdmann: „Der Sergeant, ich bin kein Soldat mehr!“ Diese Antwort gab er zu mehreren Malen, wobei er mit breiten Weinen dasand. Die Folge war seine Verhaftung und Einlieferung in das Militärgefängnis.

Hier war sein Verhalten ein derartiges, daß der Gefängnisarzt eine längere Beobachtung im Lazarett für notwendig hielt. Hier schrieb der Angeklagte an seine Mutter einen verzwiefelten Brief, worin die Worte vorliefen: „Ich weiß nicht mehr, ob ich noch ein Mensch oder ein Stück Vieh bin, so weit hat mich das preussische Militär gebracht!“ In diesen Worten soll eine Verleumdung von Vorgesetzten liegen. Aus den Personalien des Angeklagten ergab sich das übliche Bild: Nachdem er bei der Marine eingetreten war, gab es bald Arrest- und Gefängnisstrafen, die schließlich Erdmann in die Arbeiterabteilung brachten. Die Verletzung der Zahl der erlittenen Strafen nahm geraume Zeit in Anspruch. Der Angeklagte kann sich auf nichts mehr besinnen. Die Briefe will er geschrieben haben, ohne daß er sich etwas dabei gedacht hat. Die Ansichten der Sachverständigen waren verschiedene. Während einer der Herren Stabsärzte den Angeklagten, dessen Eltern Trinker waren, für geistig minderwertig erklärte, hielt ihn ein anderer Stabsarzt zum Teil für einen Simulanten und voll verantwortlich für seine Straftaten. Der Vertreter der Anklage schloß sich dem letztern Gutachten an und beantragte 4 Monate und 14 Tage Gefängnis. Der Verteidiger Rechtsanwalt Guttmann plädierte auf Freisprechung. Das Urteil des Gerichts lautete auf Freisprechung.

**Verurteilter Selbstmord.** In hart angetrunkenem Zustand versuchte Mittwoch nachmittag ein Glasmacher in der Schiffer Straße sich in seiner Wohnung an der Aelsterstraße zu erhängen. Durch einen herbeigekommenen Schugmann wurde der Lebensmüde abgesehritten, worauf er sich bald wieder erhobte.

**In Ost genommen** wurde ein Schiffzeiger aus Glinde wegen schweren Diebstahls an Schiffsgütern verschiedener Art.

**Das Ende eines Durchbrenners.** Der Handlungsgehilfe Willi Wüder von hier, der wie berichtet am 24. April in Somsweyden Kreis Wolmirstedt, 4654 Mark, welchen Betrag er auftragsgemäß von der Post geholt, unterschlagen hat und flüchtig geworden war, hat sich am 16. v. M. in einem Hotel in Braunschweig erschossen.

**Wem gehört das Fahrrad?** Vor einiger Zeit ist auf der Obenfelder Chaussee ein Fahrrad, von dem das Markenstück entfernt ist (Fabriknummer 138640), mit schwarzem Rahmen, gelben Felgen, Freilauf und nach oben gebogener Lenkstange mit roten Griffen gefunden worden. Der Eigentümer wird ersucht, sich bei der Kriminalpolizei zu melden.

**Einbruch in einem Warenhaus.** In der Nacht zum 3. d. M. ist in einem hiesigen Warenhaus ein schwerer Diebstahl ausgeführt worden. Gestohlen wurden: 80 verschiedene Metallgegenstände, 13 Armbandsuhren, 18 Uhrketten, eine Saubühne, ein Messer, eine Halskette, ein schwarzes Opernglas, 2 silberne Damenbrillen, ein gebrochener Pokal, verschiedene Schokolade, ein Anzahl Flaschen Sekt, 19 Selbstbinder, 3 Regenstirme u. a. m.

**Gestohlen** wurden aus dem Flur des Hauses Große Marktstraße Nr. 12 ein Fahrrad mit dem Markenschild „D. Rowalder“ (Fabriknummer 182825), vor der Hauptpost ein Fahrrad, aus einem Lagerstuppen in der Freien Straße 500 Stück gebrauchte Säge.

## Konzerte, Theater u.

**Städtische Konzerte.** Das Programm zu dem am Sonnabend den 6. Juni im „Konzerthaus“, Leipziger Straße 62, stattfindenden Volkskonzert des städtischen Orchesters bringt unter Kapellmeister Georg Brunos Leitung im ersten Teile: Bachs „Canone aus „Sibyllen von Solides“, die Ragnmond-Ouverture von Thomas, Melodien aus „Arabiana“ von Verdi und den Donauwalzer von Strauß. Im zweiten Teile steht die Zeit-Ouverture von Strauss, No. 24 von Schubert.

das Finale aus der 4. Sinfonie von Mozart und eine Lohengrin-Fantastie von Wagner. Der dritte Teil ist neuen Operetten von Fall, Schär, Gysler, Hirsch und Kollo gewidmet.

**Victoria-Theater.** Am Freitag kommt der neueste Lustspielmacher Der ungetreue Ezechiel zur Wiederholung. Am ersten Pfingstfeiertag war das Theater bei diesem lustigen Stücke ziemlich ausverkauft. Das zahlreiche Publikum amüsierte sich höchlich. Der Beifall war freudig und stark, das Lachen wollte kein Ende nehmen. Am Sonnabend findet das einmalige Gastspiel des Herrn Alexander Moissi vom Deutschen Theater in Berlin statt. Zur nur einmaligen Aufführung kommt „Helfer“ von Zfen. Der berühmte Künstler spielt die Rolle des Oswald. Am Sonntag nachmittag wird bei kleinen Preisen „Schneider = Hel“ wiederholt. Am Sonntag abend kommt noch einmal „Rojenmontag“ zur Aufführung.

**Centraltheater.** Von der Operette „Polenblut“ kann man mit voller Wahrheit behaupten, daß sie eine außergewöhnlich große Zugkraft ausübt. Stimmung und frohe Laune erweckt „Polenblut“ im ganzen Hause, wie sie nicht immer zu erzielen sind. Das Werk ist ein treffliches Vorbild dafür, wie Operetten gearbeitet werden müssen, sollen sie sich die Gunst des Publikums erringen. Diese Kunst besitzt „Polenblut“ in denkbar größtem Maße. Man spricht nur lobend und preisend von dem Stücke, seiner Darstellung und seiner Ausstattung.

## Letzte Nachrichten.

**Ab. Paris, 4. Juni.** Der geschäftsführende Ausschuß der sozialistisch-radikalen Partei, der 182 Abgeordnete angehört, nahm eine Tagesordnung an, in der beschlossen wird, nur eine Regierung das Vertrauen auszusprechen, die geneigt ist, die vollkommene Verwirklichung des Programms von Pau zu verfolgen mit Hilfe der Gruppen der Linken, ausgenommen die Abgeordneten, die dem Verbands der Linken und der Demokratischen Vereinigung angehören. Außerdem wird verlangt, daß unverzüglich die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, um den Gedanken eines Volkes in Waffen zu verwirklichen, der bei Verringerung der aktiven Dienzeit gleichzeitig die Defensivkraft des Landes erhöhen werde.

**Ab. Paris, 4. Juni.** Es gilt als sicher, daß Viviani das Kabinett bilden wird. Er hat keine Mitarbeiter fast vollständig und hofft für das Ministerium des Aeußern Leon Bourgeois zu gewinnen. Was das Programm des neuen Kabinetts anbetrifft, so weiß man bereits, daß es das Militärgesetz „Loyal anwenden“ wird. Unter den gegenwärtigen Umständen sei es unmöglich, irgendwie an dem Gesetz zu rühren, doch müsse man sich, sobald die äußere Lage es gestatte, mit geeigneten Massregeln beschäftigen, um die militärischen Lasten zu erleichtern, besonders mit einer besseren militärischen Vorbereitung der Jugend.

**Pc. Paris, 4. Juni.** Es scheint, daß es dem bisherigen Unterrichtsminister Viviani gelingen wird, noch bis heute abend sein Kabinett vollkommen zusammenzustellen. Für das Portefeuille des Innern hat er die Einwilligung Malvys erhalten, für die Finanzen ist Rouleus eingesprungen und das Kriegsministerium wird Messimy übernehmen. Die Frage, wer das Ministerium des Aeußern erhalten wird, ist noch nicht geklärt. Viviani wird dieses Portefeuille zunächst, wie bereits gemeldet, Leon Bourgeois anbieten und falls dieser ablehnen sollte, Jean Dupuy zu gewinnen versuchen. Die neuen Männer für die übrigen Portefeuilles stehen noch nicht fest, doch dürfte Senator Peytral das Marineministerium, Senator Sabary die Justiz übernehmen, während Element die Kolonien, Thomjon das Handelsministerium erhalten sollen. Der augenblickliche Ackerbauminister Renault und der augenblickliche Arbeitsminister Retin sollen auf ihren Posten verbleiben. — Bedeutend größere Schwierigkeiten wird dem neuen Ministerpräsidenten natürlich die Zusammenlegung seines Programms bieten, mit dem er sich der neuen Kammer vorstellt. Was die dreijährige Dienzeit anbelangt, so wird Viviani voraussichtlich hier seinem Vorgänger Doumergue genau folgen. Die 3jährige Dienzeit soll aufrecht erhalten bleiben, jedoch werden nach Möglichkeit Erleichterungen in Gestalt von außergewöhnlichen Urlauben usw. gewährt werden. Die zweitgrößte Schwierigkeit bildet die Hebung der augenblicklichen Finanzsalomität. Hier sind die Politiker, die dem neuen Ministerium angehören werden, sich darin einig, daß die Notwendigkeit zur Aufnahme einer sofortigen Anleihe vorhanden ist. Das künftige Kabinett wird der Kammer wahrscheinlich eine innere Anleihe von 1400 Millionen Franc zu 4 Prozent vorschlagen, die in 90 Jahren amortisiert sein soll. Diese Anleihe jedoch kann allein das Defizit im Budget 1915 nicht decken und voraussichtlich wird als zweite Kurierung die von dem Senator Rimond angeregte Nachschärfung im Programm des Kabinetts figurieren. Voraussichtlich wird Viviani auch die Einkommensteuer befürworten, jedoch in weniger scharfer Form wie es der Kongress von Pau gewünscht hat.

**Pc. Paris, 4. Juni.** Der offiziöse „Petit Parisien“ läßt sich heute aus Rom melden: Die Herrschaft des Fürsten Wilhelm von Albanien scheint nur noch von kurzer Dauer zu sein. Es kann heute bereits als feststehend betrachtet werden, daß die Mächte darauf verzichten haben, diesen Herrscher den Albanern aufzuzwingen. Man sucht nun noch nach einem geeigneten Vorkandidaten, der es dem Prinzen ermöglicht, Durazzo zu verlassen, ohne den Rest seines Preises zu verlieren. Man beschäftigt sich bereits mit der Frage eines Nachfolgers und der Gedanke, einen mohammedanischen Prinzen auf den Thron zu setzen, hat viele Parteigänger gewonnen. Rußland, Frankreich, England und Deutschland sollen bereits erklärt haben, daß sie der Kandidatur eines mohammedanischen Prinzen nicht abgeneigt sind und Italien ist bereits früher für eine solche Kandidatur eingetreten mit der Einschränkung, daß ein ottomanischer Prinz nicht in Frage kommen dürfe. Aus Oesterreich-Ungarn war der Kandidatur eines mohammedanischen Prinzen abgeneigt. Es fragt sich nun, ob Oesterreich-Ungarn auch jetzt noch seinen Standpunkt aufrechtzuerhält. Sicher ist jedoch, daß der Prinz zu Wien nicht stark bleiben wird.

**Ab. Paris, 4. Juni.** Der Händler Souzy im Borret Jure, in dessen Hause der Autodandit Bonnet feinerzeit Unterschlagf gefunden und den Polizeibeamten Jouin erschossen hatte, wurde gestern auf freiem Felde von einem bisher unbekanntem Täter durch einen Revolvererschuß lebensgefährlich verletzt. Man vermutet, daß er einem Machealt zum Opfer gefallen ist. Souzy wurde damals als Rivierier Kommet zu 1 1/2 Jahr Gefängnis verurteilt, doch scheinen die Spießgesellen ihn gleichwohl für einen Angeber gehalten zu haben.

## Wettervorhersage.

Freitag den 5. Juni: Zeitweise aufklarend, vorwiegend trocken, geringe Erwärmung.



